



Hurrikan-Schäden in Florida und Louisiana



CHARLES TRAINOR / WPN (L.); BRIAN SYNDER / REUTERS (R.)

USA

## Kritik am Spender

Noch mitten in der Hurrikan-Saison ist in Amerika ein heftiger Streit darüber ausgebrochen, wie der Wiederaufbau der Golfküste zu finanzieren ist – allein Hurrikan „Katrina“ kann die US-Regierung 200 Milliarden Dollar kosten. Zwar hat US-Präsident George W. Bush die Staatsschatulle für die Reparaturen im verwüsteten New Orleans ganz weit geöffnet, schon um die Kritik am katastrophalen Krisenmanagement zu dämpfen: Man werde alles tun, „was auch immer es kosten wird“. Nur weigert er sich bisher hartnäckig zu erklären, woher das Geld kommen soll. Steuererhöhungen jedenfalls schließt er aus. Aus Sorge vor einem weiteren Anwachsen des Rekorddefizits verlangen Bushs Parteifreunde jetzt drastische Haushaltskürzungen. Treffen könnte es etwa die gerade erst verkündeten Nasa-Pläne für eine Mond- und Mars Expedition (44 Milliarden Dollar) oder die Parkplatzbeihilfe für Angestellte der Bundesregierung (1,5 Milliarden Dollar). Im Gespräch sind auch Abstriche an der sogenannten Highway Bill, einem 284 Milliarden teuren Paket für

Straßen- und Brückenbau. In ihr finden sich zahllose sinnlose Bauprojekte, die nur politische Gefälligkeiten für einflussreiche Abgeordnete sind. „Big Spender“ Bush, während dessen Amtszeit die Staatsausgaben bereits um 33 Prozent angestiegen sind, verliert wegen seiner Sturheit allmählich die Kontrolle über die eigene Partei. „Ich will nicht, dass mein Präsident mit einem Billionen-Defizit abtritt“, ereifert sich der republikanische Abgeordnete Zach Wamp. Selbst Finanzminister John Snow räumte vergangene Woche ein, dass die Hurrikan-Hilfe Bushs Planungen für die zweite Amtszeit über den Haufen werfen könnte; das Weiße Haus dementierte wütend. Besonders alarmierend sind für den Präsidenten neueste Umfrageergebnisse: Danach wollen 54 Prozent der Amerikaner die Hurrikan-Hilfen durch Kürzungen im Irak-Etat des Pentagon finanzieren.

SAUDI-ARABIEN

## Annäherung an den Erzfeind

Wenige Wochen nach seiner Thronbesteigung setzt Saudi-Arabiens König Abdullah erste Signale, die auf eine vorsichtige Öffnung seines Reichs hindeuten. Saudi-Arabien, so wurde bekannt, sei grundsätzlich bereit, Wirtschaftsbeziehungen mit Israel aufzunehmen: Nach seinem geplanten Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) Ende 2005, so der zuständige Minister Haschim Jamani, werde der konservative Wüstenstaat „mit allen WTO-Mitgliedern“ kooperieren – dazu zählt auch Israel, das die meisten arabischen Regierungen als Erzfeind boykottieren. Auf einer Kabinettsitzung in Dschidda, der Sommerresidenz von Hof und Regierung, beschloss der Ministerrat zu-

dem die Gründung einer Menschenrechtskommission. Anders als bei den bislang eher kosmetischen Bemühungen der Regierung soll das Gremium tatsächlich Verfehlungen nachspüren. Deshalb wird der Kommission ein Politiker

im Ministerrang vorstehen, den der König selbst ernannt. Unklar ist allerdings, ob die Kommission noch vor der geplanten Hinrichtung einer dreifachen saudi-arabischen Mutter zusammenzutreten wird, deren Fall das Königreich seit

Wochen beschäftigt. Die 26-jährige Frau hatte sich vor sechs Jahren mit einem Mann angefreundet, ihn jedoch in Notwehr getötet, als er sie vergewaltigen wollte. Bemühungen, die Hinterbliebenen zur Annahme von „Blutgeld“ zu bewegen und damit auf die Hinrichtung zu verzichten, sind bislang gescheitert. In diesem Jahr sind in Saudi-Arabien bereits 62 Menschen exekutiert worden.

König Abdullah



AMMAR ABED RABBO / AFP